

Massiver Zeitdruck

Interview mit Monika Kuban, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin und Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages, über die positiven Effekte des neuen Rechnungswesens in Kommunen und die Herausforderungen beim Übergang auf die Doppik.

Frau Kuban, zumindest für die Städte und Gemeinden in NRW begann im Januar dieses Jahres eine neue Zeitrechnung. Wie bewerten Sie die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik?

Der Deutsche Städtetag begrüßt diesen Modernisierungsschritt, und er hat ihn seit Jahren gefordert. Es ist heute nämlich nicht zu akzeptieren, dass die öffentlichen Verwaltungen keine Aussagen zu ihrem vollständigen Ressourcenverbrauch

zur Reorganisation von Verwaltungsabläufen und damit mittel- bis längerfristig Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung. Für die Steuerung des Konzerns Stadt wird eine verbesserte Basis geschaffen. Politische Entscheidungen können auf einer besseren wirtschaftlichen Datenbasis und mit Weitblick getroffen werden.

Nicht alle Kämmerer sind begeistert über die Einführung der Doppik. Was antworten Sie den Kritikern des neuen Buchungsstils?

Die Rückmel-

dungen von den Finanzverantwortlichen unserer Mitgliedsstädte zur Einschätzung des Reformvorhabens sind sehr eindeutig in ihrem Ergebnis: Mehr als drei Viertel der Kämmerer sind positiv gegenüber dem NKF eingestellt. Die vorhandene Kritik richtet sich auch weniger grundsätzlich gegen den neuen Buchungsstil. Man darf nicht vergessen, dass eine derart umfassende Reform Ressourcen bindet und zunächst Geld kostet. Und es gibt Kritik an Einzelfragen der Reform. So hat sich der Städtetag Nordrhein-Westfalen beispielsweise für eine Übergangsfrist von fünf Jahren eingesetzt, der Gesetzgeber gesteht

den Städten und Gemeinden aber nur vier Jahre zu. Das wird insbesondere in den Großstädten zu einem massiven Zeitdruck und zu zusätzlichen

Einführungskosten führen. Auch die Deckelung der Ausgleichsrücklage ausgehend von der Erstabrechnung wird von uns kritisiert. Wir halten eine Dynamisierung der Ausgleichsrücklage zur Absicherung des künftigen Haushaltsausgleichs für erforderlich.

Lassen sich für die Umstellung generelle Empfehlungen aussprechen: Harter Schnitt oder weicher Übergang?

Die Übergangsfrist dient ja gerade dazu, dass die Städte ihr jeweilige Umstellungstempo bis zu einem gewissen Grad selbst bestimmen können. Von daher können wir als Städtetag keine pauschalen Empfehlungen abgeben. Allerdings gilt hier wie in anderen Bereichen: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Weil die nordrhein-westfälischen Kommunen mit der konkreten Umsetzung des NKF gewissermaßen Neuland betreten, werden in diesem Prozess ganz



Monika Kuban

„Drei Viertel der Kämmerer sehen das NKF positiv.“

einschließlich Abschreibungen und künftigen Pensionslasten machen oder dass sie ihr Vermögen nicht beziffern können.

Die Finanzprobleme der Kommunen sind mit einem neuen Rechnungswesen ja nicht verschwunden. Welche positiven Effekte erwarten Sie dennoch von der kaufmännischen Buchführung?

In Zeiten immer knapper werdender Mittel wird es umso dringlicher, für Transparenz zu sorgen. Mit dem Übergang zum NKF besteht die Chance, die Probleme der Städte besser zu kommunizieren. Die Reform bietet aber auch Gelegenheit

zwangsläufig Detailprobleme auftauchen. Daher wird eine sorgfältige – wie Sie sagen weiche – Umstellung wohl weniger Probleme mit sich bringen als der sprichwörtliche Sprung ins kalte Wasser. Die überwiegende Mehrzahl unserer Mitgliedsstädte plant deshalb zum Beispiel, die neue Software in den einzelnen Verwaltungsbereichen stufenweise einzuführen.

Beim Neuen Kommunalen Rechnungswesen kommt der Software eine wichtige Bedeutung zu. Können Sie einen Rat geben für die Auswahl geeigneter Programme?

Grundsätzlich aber sollten Kommunen bei der Auswahl einer Software-Lösung darauf achten, dass sich das betreffende Programm so leicht wie möglich mit den in der jeweiligen Verwaltung bereits benutzten Software-Produkten zusammenführen lässt. Je höher der Integrationsaufwand für eine Software zur Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist, desto höher werden auch die Einführungskosten und der Personalaufwand sein.

Einige Institutionen prüfen Programme für das Rechnungswesen und vergeben entsprechende Zertifikate. Wäre nicht eine zentrale Zertifizierungsstelle sinnvoll?

„Bei der Umstellung gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.“

Natürlich können wir als Städtetag unseren Mitgliedsstädten keine speziellen Empfehlungen für die Auswahl eines bestimmten Programms machen – das geht schon aus wettbewerblichen Gründen nicht, und dazu sind die Rahmenbedingungen in den einzelnen Kommunen sowie die einschlägigen landesgesetzlichen Regelungen viel zu unterschiedlich.

Eine zentrale Zertifizierung scheidet sicher schon aus den eben genannten Gründen – nämlich den unterschiedlichen Rahmenbedingungen – aus. Zu begrüßen wäre allerdings eine Verständigung auf einige allgemeingültige Standards, insbesondere in Bezug auf die Datenaustauschverfahren. Wir bräuchten also so etwas wie ein XNKF, vergleichbar

dem XMeld im Meldewesen, bei dem bestimmte Kriterien für den Datenaustausch in der jeweiligen Fachanwendung festgelegt wurden. Dazu bedarf es aber keiner zentralen Zertifizierungsstelle.

Die Kommunen sind die Vorreiter bei der Modernisierung des Finanzwesens der öffentlichen Hand. Was erwarten Sie von Bund und Ländern?

Wir erwarten, dass sie dem Beispiel der Kommunen folgen und ihr Haushaltswesen ebenfalls auf die Doppik umstellen. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie das Land Hessen werden in nächster Zeit ebenfalls mit einem kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesen arbeiten. Die Städte sind in der Reform des Haushaltswesens Motor der Modernisierung, und es ist zu hoffen, dass der Druck von unten stark genug ist, um in absehbarer Zeit auch in den übrigen Ländern und auf der Ebene des Bundes ein zukunftsfähiges Rechnungswesen zu entwickeln.

Interview: Alexander Schaeff